

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Der Antrag wird danach behandelt werden. Eine Anfrage noch. Dazu der Abgeordnete Steinitz.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Ich habe in dem Zusammenhang eine Frage. Es wird in dem Antrag vorgeschlagen, soweit ich die Formulierung noch im Kopf habe, weitere Unternehmen aus der Bundesrepublik einzubeziehen. Ist damit ausgeschlossen, wenn Interessen auch anderer westeuropäischer Staaten bestehen, daß diese mit einbezogen werden? Ich würde es für zweckmäßig halten, eine Erweiterung der Fassung vorzunehmen.

Von Ryssel (Die Liberalen):

Herr Professor Steinitz, das ist einer von den Gründen, warum wir darauf drängen, daß mindestens alle westdeutschen Energieanbieter sich beteiligen können. Wir haben eine Situation erreicht, in der die europäischen Energieanbieter im Moment - ich möchte es einmal so sagen - etwas außerhalb stehen. Ich gebe Ihnen natürlich recht: Lieber wäre es uns in bezug auf den Wettbewerb, wenn alle, wenn mehrere Anbieter noch möglich wären.

(Prof. Steinitz: Aus der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten.)

Herr Professor, Sie haben recht, aber wir haben leider kein konkretes Angebot. Von den anderen westdeutschen Anbietern haben wir ein konkretes Angebot vorliegen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich denke, daß nichts ausgeschlossen ist, denn dieser Antrag soll an den Wirtschaftsausschuß überwiesen werden, und er wird dort ergänzt werden, falls dort die Meinung entsprechend ist. Der Abgeordnete Nooke hat das Wort.

Nooke (Bündnis 90/Grüne):

Herr von Ryssel, weil wir schon dazu gesprochen haben und jetzt nicht mehr Stellung nehmen: Ich würde das schon unterstützen, daß dort steht: aus der Bundesrepublik und andere internationale Unternehmen.

Ich wollte Sie aber eigentlich fragen, ob das, was Sie hier beantragen, nicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, wenn die Treuhand so arbeitet, wie wir es versucht haben, immer wieder hier deutlich zu machen und worum wir uns von Anfang an bei der Arbeit in diesem Hohen Hause bemühen. Dann erübrigt sich das eigentlich. Oder sehen Sie das anders?

Von Ryssel (Die Liberalen):

Ich hoffe, daß wir ab Montag über solche Probleme nicht mehr zu reden brauchen, wenn die Treuhandanstalt sich konstituiert hat.

(Vereinzelter Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Damit danke ich Ihnen für den Redebeitrag und gleichzeitig für die Einbringung des Antrages.

Wir haben jetzt noch zwei Redner auf unserer Rednerliste, von der Fraktion CDU/DA spricht der Abgeordnete Klinkert.

Klinkert für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem versucht wurde, am vergangenen Freitag das Parlament zur Gewerbspolizei zu machen und dabei offensichtlich die Rolle von Exekutive und Legislative etwas durcheinander gebracht wurde, kam es ja dann zur Bildung der parlamentarischen Arbeitsgruppe. Herr Dr. Richter hat am gestrigen Tage das Ergebnis dieser parlamentarischen Arbeitsgruppe hier vorgetragen, und eigentlich war der Tagesordnungspunkt, der jetzt durch den Präsidenten aufgerufen wurde, die Aussprache über das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe.

Ich habe bisher von den Vorrednern wenig oder nichts darüber gehört. Deswegen möchte ich zumindest darauf noch in

ein paar Punkten zurückkommen. Zunächst sollte erst einmal festgestellt werden, ob die Umwandlung der Kraftwerksbetriebe in eine einheitliche Aktiengesellschaft rechtmäßig ist und ob sie dem Treuhandgesetz entsprach. Dr. Richter hat diese Frage eindeutig bejaht. Dies ist also ein legaler Akt gewesen, auch wenn in einem Einzelfall, im Falle des Kraftwerks Boxberg nämlich, die Zustimmung des Betriebsrates erst nachgeholt werden mußte. Aber bei einem Abstimmungsergebnis von 19:1 für das Einbringen des Kraftwerkes Boxberg in die gemeinsame Aktiengesellschaft dürfte man das schon als eindeutiges Ergebnis ansehen, zwar Kritik anbringen, daß dieses Einholen der Zustimmung des Betriebsrates nicht rechtzeitig erfolgte, aber dennoch nicht insgesamt an der Entscheidung dort zweifeln.

Mir erscheint die Kritik, die am vorigen Freitag hier in einzelnen Punkten angebracht wurde, als zu überzogen und insgesamt der Aufwand, der vom Parlament und dann auch von der Arbeitsgruppe betrieben werden mußte, dafür zu groß.

(Vereinzelter Beifall bei CDU/DA)

Ich meine, wir sollten hier mehr die Rolle des Gewerbeaufsichtsamtes anerkennen und diesem Gremium entsprechende fachliche Entscheidungen zubilligen, als jede Umbildung unbedingt hier über das Parlament laufen zu lassen.

Meine Befürchtungen gehen dahin, daß weitere Umwandlungen, die sich in unseren Industriebetrieben vollziehen werden, von einzelnen Personen in diesen Betrieben, die sich dort irgendwo und irgendwie übergangen fühlen, über Parlamentarier dann in das Parlament gebracht werden und wie am vergangenen Freitag dann zu weiteren Sondersitzungen des Parlaments führen werden.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich bin generell nicht dagegen, daß dieser wichtige und hochsensible Bereich der Elektroenergie unter Kontrolle des Parlamentes steht. Aber das Parlament kann und darf nicht zum Experimentierfeld für das Erfinden neuer Strukturmodelle in der Energiewirtschaft werden. Und vor allen Dingen darf das Parlament nicht die Arbeitsfähigkeit unserer frei gewählten Regierung beeinträchtigen.

(Beifall bei CDU/DA)

Und hier falsche Anschuldigungen gegen einzelne Minister zu führen, wie, daß sie ihre Zusagen nicht einhielten - das hilft natürlich der Arbeitsfähigkeit unserer Regierung nicht weiter. Denn es ist eindeutig, daß Minister Steinberg seine Zusage eingehalten hat. Der Gründungsakt am vorigen Freitag betraf nämlich nicht - wie ursprünglich hier suggeriert werden sollte - die Beteiligung der drei großen Energieunternehmen, sondern lediglich die Umwandlung unserer Energieunternehmen in Aktiengesellschaften, und dazu waren alle Betriebe laut Treuhandgesetz bis zum 1. 7. schließlich verpflichtet.

Die Umwandlung und die Sanierung unserer Energiebetriebe ist nun einmal nur durch eine Roßkur möglich auf Grund des desolaten Zustandes, und der (entschuldigen Sie bitte diesen Ausdruck) lahme Gaul unserer Energiebetriebe muß wieder flottgemacht werden, um den Wagen zu ziehen, auf dem sich als Energieverbraucher die gesamte Wirtschaft unseres Landes befindet.

Deshalb bin ich vorsichtig, solchen Spekulationen hier Glauben zu schenken, daß der Energieverbrauch schon nicht so hoch sein wird, weil ja eventuell die Leute ein bißchen mehr sparen würden und weil vielleicht auch einige andere Energieverbraucher vom Netz genommen würden. Das ist kein Konzept, und sich darauf einzulassen, das hieße, daß wir tatsächlich mit einer Ungewißheit in den nächsten Winter, in die nächsten Monate gehen, die katastrophale Folgen für unser Land insgesamt haben könnte.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich räume ein, daß der vorgesehene Vertrag mit den drei großen Energieunternehmen der Bundesrepublik die Möglichkeit bietet, über Kapitalerhöhung - wohlgemerkt über Kapitalerhöhung, nicht über Kapitalerwerb - marktführend auf dem Energiesektor zu werden. Aber dieses Konzept gewährleistet zunächst erst einmal die umfassende, den gesamten Sektor der